

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Bezugspreis: Monatlich 2,25 Mark, bei Vorzahlung durch die Post 2,00 Mark.
Im Falle höherer Steuern (Steuern 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100) werden die Preise entsprechend erhöht.
Jeder Anzeiger auf Nachtrag erlischt, wenn der Anzeiger nicht durch einen anderen ersetzt wird oder wenn die Anzeigerfrist abgelaufen ist.

Wichtiges: Die Ottendorfer Zeitung ist ein Anzeigebblatt und kein Zeitungsbogen. Die Ottendorfer Zeitung ist ein Anzeigebblatt und kein Zeitungsbogen. Die Ottendorfer Zeitung ist ein Anzeigebblatt und kein Zeitungsbogen.

Postfach-Konto Leipzig Nr. 29148. Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Nummer 4 Mittwoch, den 12. Januar 1921 20. Jahrgang

Ämtlicher Teil. Hundsteuer betr.

Die Hundsteuer für die am 10. Januar 1921 in der Gemeinde vorhandenen Hunde ist gegen Entnahme der Steuermarken bis spätestens

25. Januar 1921

in Rathaus — Rasse — zu bezahlen.

Die Steuer beträgt

1) für Jag-, Wach- und Diensthunde je 3 Mark,

2) im übrigen 10 Mark für einen und 50 Mark für jeden weiteren Hund sowie 1,50 M. für die Steuermarken (Selbstkostenpreis).

Wird ein steuerpflichtiger Hund nach Ablauf des Zahlungstermines ohne gültige Steuermarken auf öffentlichen Verkehrsflächen betroffen, so wird dessen Besitzer, falls er nicht der Hinterziehung schuldig ist, mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mk. bestraft.

Bei Hinterziehung kann der gleiche Betrag der hinterzogenen Steuer neben entsprechender Bestrafung erhoben werden.

Ottendorf-Okrilla, am 10. Januar 1921.

Der Gemeindevorstand.

Brennholz.

Der Gemeinde steht ein kleiner Rest Brennholz im Staatsforstrevier Langebrück zur Verfügung. Anmeldungen sind bis

12. ds. Mts. im Rathaus (Meldeamt)

zu entnehmen. Abfuhr hat sofort zu erfolgen.

Ottendorf-Okrilla, am 7. Januar 1921.

Der Gemeindevorstand.

Vertikales und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 11. Januar 1921.

— In der am gestrigen Abend stattgefundenen Gemeindeversammlung der Gemeinde Großokrilla fand das Baugesuch der Firma Schiff und Sohn, Errichtung eines Holz-Baerichuppens, bedingungslos Genehmigung. Ebenfalls bedingungslos Genehmigung fand das Baugesuch von Max Gühr, Wohnhausbau betr. und wird das Darlehen der Gemeinde unter denselben Bedingungen wie das Darlehen des Reiches gewährt. Wegen des Baues eines Wohnhauses vonseiten der Gemeinde auf dem der Forstverwaltung gehörigen Grundstücke ist eine Anfrage eingegangen, ob der Gemeinde nicht andere Grundstücke zur Verfügung stehen, da dies aber nicht der Fall ist, so ist an diesem Grundstück festzuhalten und der Ankauf des betr. Grundstücks möglichst beschleunigt werden. Auf Anfrage des Steinmetzmeisters Müller in Laus wegen des Schleusenbaues an der Bergstraße wird beschlossen, den Bau sofort in Angriff nehmen zu wollen. Auf gestellte Anfrage der Amtshauptmannschaft des steuerfreien Mindesteinkommen betr. fand nach längerer Aussprache Abstimmung statt, mit dem Ergebnis, daß sich 7 Stimmen gegen die vorgeschlagene Höhe von 5 bez. 7000 M. erklärten. Die Hundsteuer wird für einen Hund auf 6 M., jeden weiteren Hund auf 12 Mark festgesetzt. Die Nachbewilligung einer Prämie von 25 Mark für die Kaninchen-Ausstellung fand Genehmigung. Für der Kur bedürftige Kinder in den in der Wöhrnitz gelegenen Heideberg werden 50 Mark bewilligt. Zu der Erhebung eines Zuschlages der festgesetzten Rechtsöhne des Schornsteinfegers wird das Einverständnis erklärt. Da der Lastverkehr auf der, besonders am „Hirsch“ unübersichtlichen, Gemeindestraße in letzter Zeit sehr zugenommen hat, wird der Beschluß gefaßt, den Verkehr für Lastautos zu sperren, da die Benutzung der Staatsstraße nur einen geringen Umweg bedeutet. Auf gestellten Antrag wird Max Siefert als Mitglied des Gewerbolenausschusses aufgenommen.

— Die warme Bitterung, die nach einer kurzen Kälteperiode erst am 10. Januar einsetzte, und uns an den beiden Feiertagen statt des Schnees Regen brachte, hat weiter angehalten. Der Januar, der als der kälteste Monat des Jahres gilt, setzte mit Regen ein und brachte in seinem bisherigen Verlauf recht hohe Temperaturen. Bis zu 12 Grad C. stieg die Quecksilbersäule im Thermometer; an sonnigen Stellen wies sie noch einige Grad mehr auf. Noch ein anderes in's, was uns das jetzige Frühlingwetter mit gemischten Gefühlen empfinden läßt.

Januar muß vor Kälte knaden,
Wenn die Ernte gut soll faden!

sagt eine alte Bauernregel und deutet damit an, daß ein zu warmer Januar schlechte Ernteausichten zeigt. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ist nach einer Mitteilung zwar der Meinung, daß bis jetzt die warme Bitterung keine ungünstige Wirkung auf das Wachstum der Pflanzen ausgeübt hat. Es sei vielmehr günstig, daß die Saaten, die bisher noch nicht aufgegangen waren, nunmehr zum Aufgehen gekommen sind. Ein weiterer günstiger Umstand, der durch die warme Bitterung hervorgerufen wurde, ist, daß die Juckrassen, die wegen des harigfrorenen Bodens bisher nicht eingebracht werden konnten, nunmehr aus der Erde genommen werden können. Alles weitere hängt natürlich von der ferneren Entwicklung und davon ab, ob noch eine harte Kälteperiode eintritt. Ein Wetterkundiger äußert sich darüber folgendermaßen: „Die kommenden Wintermonate dürften einen vorwiegend milden und feuchten Charakter annehmen. Im weiteren Verlauf des Januar und im Februar wird voraussichtlich sehr veränderliches, feuchtes und vorwiegend mildes Wetter vorherrschen. Die erste Hälfte des März wird allem Anschein nach verhältnismäßig niedrige Temperaturen mit öfter einsetzenden Schnees- und Graupelschauern bringen, während für die zweite Hälfte trockenes und milderes Wetter zu erwarten ist. Die Wintermonate dürften reichliche Niederschläge bringen.“ — Es bleibt nun abzuwarten, was die Zukunft bringt. Bekanntlich ist ja nichts unzuverlässiger, als gerade das Wetter.

— Nach einer Mitteilung der Reichsschuldenverwaltung hat der Eingang der Anträge auf Uebertragung von Schuldbuchforderungen auf das Konto der Reichskasse zur Errichtung des Reichsnotopfers bei der Reichsschuldenverwaltung einen solchen Umfang erreicht, daß die Bearbeitung dieser Anträge mehrere Wochen beanspruchen wird. Da auf diesen Umstand bei der Einreichung des Reichsnotopfers Rücksicht genommen werden soll, wenn die noch nicht erfolgte Erledigung des Uebertragungsantrags glaubhaft gemacht wird, liegt zu einer Beurlaubung kein Grund vor. Im übrigen macht die Reichsschuldenverwaltung darauf aufmerksam, daß sie Anfragen über den Eingang von Anträgen nur beantworten kann, wenn ihnen mit Freimarken und vollständiger Adresse des Antragenden versahene Briefumschläge oder Postkarten beigelegt sind. Es empfiehlt sich auch, die Uebertragungsanträge unter „Einschreiben“ einzusenden und den Poststempel als Bezeichnung der Antragsstellung zu verwenden.

— In der letzten Bezirksauskunftung der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt teilte Amtshauptmann Dempe mit, daß sich die Amtshauptmannschaft auftragsgemäß mit der Frage der Einführung einer Fahrabsteuer beschäftigt, in dessen festgesetzt habe, daß eine solche in keinem anderen Bezirke beabsichtigt sei, ganz abgesehen davon, daß auch soziale Gründe gegen eine solche Steuer sprächen. Infolgedessen sehe die Amtshauptmannschaft davon ab, eine solche Steuervorlage einzubringen.

— Die sächsischen Eisenbahner veröffentlichen jetzt eine Erklärung, in der sie ihre Unzufriedenheit mit der Neuordnung der Beamtenegehälter zum Ausdruck bringen. Die Abnahme der Gehälter nach Ortsklassen bezeichnen sie als unsozial. Die Zugespinnnisse, die durch die Neuordnung geschaffen würden, seien durchweg ungenügend. Der 16er-Ausschuß habe bei den Verhandlungen in Berlin nur unter Vorbehalt zugestimmt. Der ablehnende Standpunkt der Reichsregierung habe die Lage noch verschärft. In einer Nachprüfung der sächsischen Eisenbahner vom Freitag zum Sonnabend habe man sich auf den gekennzeichneten Standpunkt, der durch stürmische Proteste aus vielen Orten Sachsens verhängt worden sei, vertagt. Die endgültige Entscheidung würde in den nächsten Tagen in Berlin fallen, an der auch der Vorstand der sächsischen Eisenbahner teilnehmen werde.

— Das Ende der Juckerlarte? Dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist dieser Tage vom Verband deutscher Juckerrefinerien eine Eingabe zugegangen, in welcher die unbedingte Notwendigkeit betont wird, daß die Aufhebung der Juckerzollwirtschaft für den 1. Oktober 1921 schon jetzt festgelegt wird, damit alle Beteiligten sich darauf einstellen können. Wie dazu verlaute, soll tatsächlich jede Art staatliche Bevormundung der Juckerwirtschaft alsdann aufhören, es darf nur noch eine gewisse staatliche Aufsichtskontrolle bestehen bleiben. Begründet wird das Vorgehen der Juckerrefinerien damit, daß die Beendigung der Juckerzollwirtschaft das einzige Mittel sei, um die deutsche Juckerwirtschaft wieder heben zu können.

Radeberg. Ein höchst bedauerlicher Vorfall ereignete sich am Mittwoch in der zwölften Nachtstunde in den

hinteren Räumen des Hefischen Restaurant, Markt 11, jetziger Inhaber Gustav Domaschil. Dort hatten sich mehrere Herren eingelunden, die im Laufe der Unterhaltung sich in späßhafter Weise im Ringkampf messen wollten. Dabei verfehlte in der Erregung der Inhaber der Wirtschaft dem mitanwesenden Gutbesitzer Ernst Müller aus Leppersdorf einen derart heftigen Schlag, daß dieser zu Boden stürzte und eine schwere Gehirnerschütterung erlitt, an deren Folgen er dann in seiner Behausung in Leppersdorf verstorben ist.

Dresden. Ein Ehe drama trug sich vorgestern vormittag in einem Hause der Maunstraße zu. Nach heftigen Streit mit seiner Ehefrau brachte der dort wohnhafte 71 Jahre alte Streckenarbeiter R. seiner 63 Jahre alten Frau mit einem Rasiermesser schwere Schnittwunden am rechten Handgelenk bei und schnitt sich dann die Pulsader des linken Armes durch. Die Frau entzog sich weiteren Angriffen durch die Flucht; ihr Zustand ist bedenklicher als der des Täters. Beide wurden nach dem Krankenhaus Friedrichstadt gebracht.

— Wie zuverlässig mitgeteilt wird, hat das Ministerium auf Grund von § 7 Abs. 3 der Vorortverordnung grundtätig die Eingemeindung der Dresdner Vororte Loschwitz, Pfaffenw. und Weißer Hirsch beschlossen. Die Verhandlungen sollen innerhalb von 2 Monaten abgeschlossen sein. Mit dieser Entscheidung ist die seit Jahren schwebende Frage der Einverleibung dieser drei Gemeinden, von der die weitere Eingemeindung von 27 weniger leistungsfähigen Vororten abhängig gemacht wurde, endlich zu einem gewissen Abschluß gelangt. Ebenso wird damit den Staatstheatern ein erheblicher Zuschuß der Stadt Dresden gesichert. Es ist allerdings so gut wie sicher, daß die drei zwangsweise eingemeindeten Vororte den Beschluß des Ministeriums anfechten werden.

Radeburg. Vermißt wird der 37 Jahre alte Zigarrenfabrikant Karl Heinrich Hippel aus Wagnungen in Holland, der sich Ende November von dort aus nach Deutschland begeben hatte, um hier, und besonders in der Gegend von Radeburg, Segelgeschäfte zu machen. Der Vermißte ist von großer Figur, gut gekleidet und spricht mehrere Sprachen. Es wird vermutet, daß dem Vermißten etwas zugestoßen sein kann.

Freiberg. Sonnabend morgen wurde der Bolontär der Rudenthal-Werke A.-G. Otto Gaumnitz, der vom Chemnitzer Bankverein die Forderung im Betrage von 24000 Mark in Kassenscheinen abgeholt hatte und sie in einer schwarzen Aktentasche bei sich trug, kurz vor dem Fabrikingang von einem 20 bis 21 jährigen unbekanntem Mann, der mit einem selbstgekauften Knüttel und Soldatenmütze bekleidet war und noch einen Gefährten hatte, hinter dem mit einem harten Gegenstand niedergeschlagen und der Tasche samt dem Inhalt von 24000 Mark beraubt. Als auf die Hilferufe des 17 jährigen Gaumnitz der Bförtner hinwirkte feuerte der andere Verbrecher, der etwa 30 bis 35 Jahre alt und von großer und hagerer Statur ist, in knieender Stellung auf die hinzueilenden Arbeiter, die in der Nähe beschäftigt waren. Beide Verbrecher, die dem Lehrling von der Fleischmehlfabrik die Chauffee entlangt gefolgt waren, entflohen in der Richtung auf den David-Nichischacht. Hier schlossen sich den Verfolgern Arbeiter der Firma Kamprath an. Der 20 jährige Arbeiter dieser Firma Friedrich Baier, Hargasse 10 wohnhaft, wurde von dem einen der Verbrecher auf der Verfolgung in knieender Stellung durch zwei Schüsse schwer verletzt, so daß er in das hiesige Krankenhaus in bedenklichem Zustande eingeliefert werden mußte. Im Verein mit der hiesigen Kriminalpolizei unter Führung des Kriminalinspektors Bellewitz nahm die Geschäftsleitung der Rudenthal-Werke mittels Autos die Verfolgung in der Richtung Lütendorf, Halsbrücke auf, die leider zu keinem Resultat führte, da die ersten Verfolger infolge Erschöpfung die Verbrecher aus den Augen verloren und dem Beamten keinen sicheren Aufschluß über die Fluchttrichtung geben konnten. Die Geschäftsleitung hat sofort telephonisch die Kriminalpolizeibehörden von Dresden, Leipzig und Chemnitz benachrichtigt und denselben das Signalement der Verbrecher mitgeteilt. Der Zustand des schwerverletzten Baier ist hoffnungslos, während die Verletzungen des Bolontärs Gaumnitz leichter Art sind.